Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3723

Bericht

über die Tagung

der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 31. Mai bis 3. Juni 1965 in Paris

Vom 31. Mai bis 3. Juni 1965 trat in Paris die Versammlung der Westeuropäischen Union zum ersten Teil ihrer 11. Ordentlichen Sitzungsperiode zusammen. Sie wählte zum dritten Male zu ihrem Präsidenten Abg. Dr. Carlo Schmid, der in seiner Eröffnungsansprache als Hauptziele der WEU die Strategie des Friedens, die europäische und atlantische Zusammenarbeit und die Überwindung des nationalen Egoismus bezeichnete. Auf der Tagesordnung standen als wichtigste Beratungsthemen die europäische und atlantische Politik und das Berlin-Problem sowie Verteidigungsfragen.

I.

Ein Bericht über die Lage in Berlin und das deutsche Problem stand zum vierten Male auf der Tagesordnung der Versammlung; er wurde wieder vom belgischen Senator Molter (Soc.) vorgelegt, der die Verpflichtung und den Willen der Versammlung hervorhob, weiterhin das ihre zu tun, um zu einer befriedigenden Lösung des Problems zu gelangen. Grundsätzliche Ausführungen zu dieser Frage machte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Er gab zunächst eine Bilanz der Fortschritte Berlins auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, die gleichzeitig als politischer Erfolg der drei westlichen Alliierten zu werten seien, da sich diese immer einig seien, wenn es um die Freiheit Berlins gehe. Trotzdem werde Berlin noch lange ein neuralgischer Punkt bleiben. Er warnte jedoch gleichzeitig davor, noch einmal auf einen kalten Krieg zuzusteuern, und erklärte seine und seiner Stadt Bereitschaft, mit den osteuropäischen Völkern zusammenzuarbeiten.

Bundesminister Scheel, der die Grüße und Wünsche der Bundesregierung überbrachte, nahm zu den verschiedenen Punkten der politischen Debatte — Europapolitik, Verhältnis EWG—EFTA — Stellung und ging dann besonders auf die Deutschland- und Berlinfrage ein. Das Hauptziel der sowjetischen Europapolitik sei zur Zeit die internationale Anerkennung des Ulbricht-Regimes. Die Bundesrepublik könne jedoch auf ihren Alleinvertretungsanspruch nicht verzichten. Sie habe die Haltung der Alliierten während der jüngsten Berlin-Krise und die Deutschland-Erklärung der drei Westmächte ebenso begrüßt wie die der Versammlung vorliegende Empfehlung.

II.

Zu dem Jahresbericht des Ministerrates nahm Abg. Freiherr von Mühlen (FDP) in einem schriftlichen und mündlichen Bericht kritisch Stellung. Er erkannte zwar an, daß es schwierig sei, im Ministerkomitee eine einheitliche Meinung herbeizuführen, das entschuldige jedoch nicht die routinemäßige Beantwortung der Fragen, die die Versammlung dem Ministerrat stelle. Der Rat gehe an seinem geschichtlichen Auftrag vorbei, wenn er weiterhin allen politischen Entscheidungen ausweiche.

Zum politischen Bericht des niederländischen Sozialisten Patijn über die politische Union Europas, der als zu pessimistisch bezeichnet wurde, sprachen Abg. Dr. von Merkatz (CDU/CSU) und Abg. Dr. Meyer (Frankfurt) (SPD). Abg. Dr. von Merkatz beschäftigte sich mit den oft kritisierten Vorstellungen des französischen Staatschefs und glaubte, daß dieser keineswegs an einen Verzicht auf die amerikanische Unterstützung denke und den Zusammenschluß eines unabhängigen Europas auf der Basis der politischen Individualität der Staaten wolle; der Weg gehe von der Konföderation zur Föderation, in der die verschiedenen Willensrichtungen einander angeglichen würden. Der Gedanke der Interdependenz müsse um so mehr aufrechterhalten werden, je deutlicher im Ostblock Auflösungstendenzen sichtbar würden.

Abg. Dr. Meyer wies auf die Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung für die gesamteuropäische Politik hin; von ihr hänge der Frieden in Freiheit, die Abrüstung, der gefestigte Wohlstand, der auch auf die Entwicklungsländer ausstrahle, und eine echte demokratische Außenpolitik ab. Er hob die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft her-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

vor und unterstrich den Wunsch der Bundesrepublik, mit allen slawischen Völkern einschließlich der Sowjetunion einen Ausgleich zu finden.

Im Anschluß an den Bericht des britischen Labour-Abgeordneten Edelman über Großbritannien, die EFTA und die EWG forderten vor allem die britischen Abgeordneten ernsthafte Maßnahmen zu einem Übereinkommen zwischen EWG und EFTA. Der Vertreter der EWG-Kommission, Generaldirektor Herbst, konnte nachweisen, daß sich der Handel zwischen EWG und EFTA vor allem zugunsten der letzteren erheblich ausgeweitet habe und daß sich die Verhandlungen der Kennedy-Runde für das Verhältnis zwischen den beiden Wirtschaftsgruppen günstig auswirken dürften. In diesem Zusammenhang führte Abg. Dr. Serres (CDU/CSU) aus, daß auf beiden Seiten alles getan werden müsse, um den Beitritt Großbritanniens zur EWG zu ermöglichen; dann würden auch Lösungen für die anderen EFTA-Länder gefunden werden. Auch er erwarte von der Kennedy-Runde günstige Ergebnisse.

III.

Der Ausschuß für Verteidigung legte der Versammlung vier Berichte vor: über die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Verteidigung, über die Anwendung des Brüsseler Vertrages, über die gemeinsame Rüstungsproduktion und über Verteidigungsprobleme außerhalb des NATO-Bereichs.

Der Berichterstatter zur Frage der wirtschaftlichen Verteidigungsprobleme, Abg. Berkhan (SPD), bezeichnete die WEU als das geeignete Instrument für eine gemeinsame Rüstungspolitik im Rahmen der NATO, die allein die Sicherheit der freien Welt garantieren könne. Die Kosten für Forschung und Entwicklung würden in Zukunft so beträchtlich steigen, daß sie nur noch gemeinsam aufgebracht werden könnten. Außerdem müsse die Frage Berufsheer oder allgemeine Wehrpflicht von einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe geprüft werden, dies schon deshalb, damit die Unsicherheiten, die sich bei den Berufssoldaten bemerkbar machten, beseitigt würden. Abg. Dr. Kliesing (Honnef) (CDU/CSU) nahm zu dem Bericht über die Anwendung des Brüsseler Vertrages Stellung und äußerte seine Besorgnis darüber, daß der Ministerrat sich zu wichtigen Fragen der europäischen Verteidigung — z. B. zum automatischen Charakter des militärischen Beistandes, der gemeinsamen Rüstungsproduktion und vor allem der Rüstungskontrolle — gar nicht oder nur ungenügend äußere. Die negativen Folgen der jetzigen Situation ließen sich bereits aus der Reaktion der kommunistischen Welt feststellen. Abg. Lenze (Attendorn) (CDU/CSU) unterstützte diese Ausführungen und warnte davor, im Zeitalter der Entspannungspolitik den Ernst der militärischen Situation zu unterschätzen. Auch er bezeichnete die automatische Beistandsverpflichtung als das zentrale Anliegen des WEU-Vertrages.

In der Debatte über die gemeinsame Rüstungsproduktion wurde festgestellt, daß das Rüstungsamt der WEU bisher nur geringe Erfolge gehabt habe und daß die Standardisierung der europäischen Rüstungsproduktion innerhalb der WEU schnellstens in Angriff genommen werden müsse, wenn es nicht zu einer völligen Abhängigkeit von Amerika kommen solle. In der Diskussion zum Bericht über die Verteidigungsprobleme außerhalb der NATO machten die britischen Abgeordneten auf die Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs außerhalb Europas aufmerksam. Da die Sicherheit in der Welt unteilbar sei, müsse die Zusammenarbeit der NATO mit den übrigen Militärbündnissen verbessert werden. Als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses dankte Abg. Dr. Kliesing (Honnef) (CDU/CSU) in seinem Schlußwort vor allem den britischen Abgeordneten für ihre intensive Anteilnahme an der Debatte, deren Sorgen verstanden worden seien; eine gerechtere Verteilung der Lasten — der wirtschaftlichen und militärischen — müsse dringend vorgenommen werden. Auch die Frage der Kosten für die britische Rheinarmee müsse nun geregelt werden.

IV.

Außer Bundesminister Scheel und dem Regierenden Bürgermeister Brandt sprachen in der Versammlung der luxemburgische Außenminister Werner, der italienische Außenminister Fanfani, der niederländische Außenminister Luns, der britische Unterstaatssekretär Lord Walston sowie der Generalsekretär der EFTA Frank Figgures und Generaldirektor Herbst von der EWG-Kommission.

Neu geschaffen wurde ein Sonderausschuß für Fragen der Weltraumforschung. In den konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse wurden folgende deutsche Abgeordnete als Vorsitzende wiedergewählt: Dr. Kliesing (Honnef) (CDU/CSU) (Ausschuß für Fragen der Verteidigung und Rüstung), Seidl (München) (CDU/CSU) (Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitäten), Frau Dr. Hubert (SPD) (Arbeitsgruppe für die Verbindung mit den nationalen Parlamenten).

Bonn, den 2. Juli 1965

Paul

Sprecher der deutschen Delegation

Dr. Serres

stellvertretender Sprecher

Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)

stellvertretende Sprecherin